

SVP wehrt sich gegen «Zuwanderungskrise»

Die Partei will Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen in separate Klassen einteilen

TOBIAS MARTI, ROBIN SCHWARZENBACH

Die SVP will im Kleinen, was im Grossen bereits aufgegleist ist. Am 14. Juni kommt die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» vors Volk. Das Anliegen der nationalen Partei fordert, dass die Einwohnerzahl der Schweiz bis 2050 auf maximal 10 Millionen begrenzt wird – notfalls auf Kosten der Personenfreizügigkeit mit der EU. Verhandelt wird also ein Kernthema der Volkspartei, mit dem sie punkten dürfte bei ihrer Anhängerschaft.

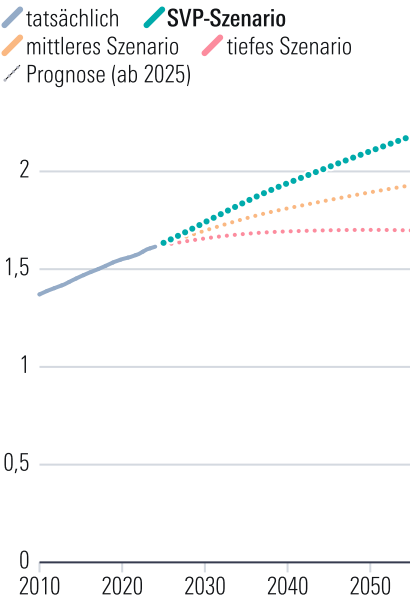
Von diesem Schub will auch die Zürcher Kantonalpartei profitieren. Auch sie ortet eine Zuwanderungskrise und hält Wachstumsgrenzen für den bevölkerungsreichsten Kanton des Landes für notwendig. In ihren Unterlagen geht die Partei von einem Bevölkerungswachstum von bis zu 35 Prozent für die kommenden 30 Jahre aus – und damit vom extremsten der drei Wachstumsszenarien, die das Statistische Amt des Kantons im November ermittelt hat. In absoluten Zahlen hiesse das: Im Kanton Zürich würden dann knapp 2,2 Millionen Menschen leben. Heute sind es 1,6 Millionen.

Vieles ist Zukunftsmusik

Am Montag präsentierte die Partei eine Reihe von Gegenmassnahmen. Es sind Vorstösse, die im Kantonsrat eingereicht werden sollen. Vieles davon ist noch Zukunftsmusik. So will die SVP von der Regierung wissen, wie sie mit Wachstumsmüdigkeit, -druck und einem drohenden Verkehrskollaps umzugehen gedenke.

Die SVP geht von 2,2 Millionen Einwohnern bis 2055 aus

Bevölkerungsentwicklung im Kanton Zürich, nach Szenarien (in Millionen)



QUELLE: STATISTISCHES AMT DES KANTONS ZÜRICH NZZ / R. Sc.



Die SVP will das Niveau der Zürcher Regelklassen erhöhen, indem Kinder vor der Einschulung zum Sprachtest müssen. KARIN HOFER / NZZ

Einige Vorstösse in dem Paket erstaunen, zumindest auf den ersten Blick. So will die Kantonsrätin Anita Borer den Unterricht an den Schulen verbessern – und zwar mit Deutsch-Tests, die vor der Einschulung durchgeführt werden sollen. Kinder, die das vorgegebene Sprachniveau nicht erreichen, sollen speziellen Deutsch-als-Zweitsprache-Regelklassen zugeteilt werden. Sobald sie das Mindestniveau erreichen, sollen sie in eine Regelklasse umgeteilt werden.

Es wäre eine Umstellung des geltenden Systems. Derzeit werden Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen den Regelklassen zugeteilt und besuchen ergänzend dazu den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Borer sagt: «Wer dem Unterricht sprachlich nicht folgen kann, bremsst die ganze Klasse.» Mit der Massnahme verspricht sie sich eine Stärkung der Regelklassen und damit des Bildungsniveaus insgesamt. «Wir wollen, dass es für jedes Kind und auch für die Klassen einfacher wird.» Mit dem heutigen System seien die Kosten angestiegen. Darum müsse man etwas an dem System ändern, lautet Borer's Überzeugung: Wenn es für Lehrer künftig einfacher werde, brauche es weniger zusätzliches Personal.

Bereits in der Vergangenheit hatte die FDP eine ähnliche Forderung platziert, die dann später abgeschrieben wurde. Das Argument der Bildungsdirektion dagegen: Kinder für eine längere Zeit zu separieren, sei mit übergeordnetem Recht nicht vereinbar.

Der Verband der Zürcher Lehrerinnen und Lehrer (ZLV) hat die Ideen der SVP intern noch nicht besprochen. Dennoch sagt die ZLV-Präsidentin Lena Fleisch: «Es klingt nach einem einfachen Vorschlag für eine komplexe Herausforderung.»

Zuhören ist wichtig

Fleisch, selber Primarlehrerin, sagt weiter: «Kinder lernen Fremdsprachen, indem sie anderen Kindern zuhören.» Das wäre im SVP-Modell wohl weniger der Fall. Die Verbandspräsidentin bezweifelt zudem, dass sich das Vorhaben wie von der SVP angekündigt kostenneutral umsetzen lasse. «Einem Kindergartenkind kann man nicht einfach einen Multiple-Choice-Test in die Hand drücken.» Zur Prüfung der Deutschkenntnisse auf dieser Altersstufe brauche es eine Eins-zu-eins-Betreuung.

Aber: Ohne Deutsch-Probleme in den «normalen» Regelklassen würden Lehrerinnen und Lehrer entlastet. Das sieht Fleisch ähnlich wie die SVP. Im Unterricht und auch sonst gäbe es eine Hürde weniger. Die ZLV-Präsidentin weist aber auch darauf hin, dass Teile der SVP-Motion woanders bereits umgesetzt seien: in den Aufnahmeklassen.

Manche Gemeinden führen solche Klassen für fremdsprachige Kinder zwischen der zweiten und sechsten Primarklasse: für Flüchtlinge sowie für ausländische Kinder, die erst vor kurzem in

den Kanton Zürich gezogen sind und noch praktisch kein Deutsch können. In diesen Klassen sollen solche Mädchen und Buben innert ein bis zwei Jahren auf den Übertritt in eine Regelklasse vorbereitet werden. Fleisch sagt: «Zahlreiche Schülerinnen und Schüler haben nach der Aufnahmeklasse immer noch Mühe mit Deutsch.» Das liege auch daran, dass das Brückenangebot aus Kostengründen schon immer begrenzt gewesen sei. Warum also nicht versuchen, dieses Setting etwas besser auszustatten? Fleisch sagt: «Das könnte ein Teil der Lösung sein.»

Die SVP-Kantonsrätin Anita Borer entgegnet, die Ressourcen bestehender DaZ-Angebote sollten gebündelt werden, um sie auf die Sprachklassen umzuleiten. Damit werde ermöglicht, dass vor dem Übertritt in die Regelklasse zuerst ein gewisses Niveau erreicht werde.

Noch mehr Ideen

Ein weiterer Vorstoss der kantonalen SVP fordert, dass in der Kriminalstatistik nicht nur ausgewiesen werde, wie viele Ausländerinnen und Ausländer unter den Beschuldigten sind, sondern auch, wie viele Eingebürgerte. Aber wer eingebürgert ist, ist Schweizerin oder Schweizer, und hat damit die gleichen Rechte und Pflichten in Strafverfahren wie jede andere Schweizer Bürgerin, wie jeder andere Schweizer Bürger auch. Ein Prinzip, das mit der Unterscheidung

zwischen «echten Schweizern» und Eingebürgerten unterlaufen würde.

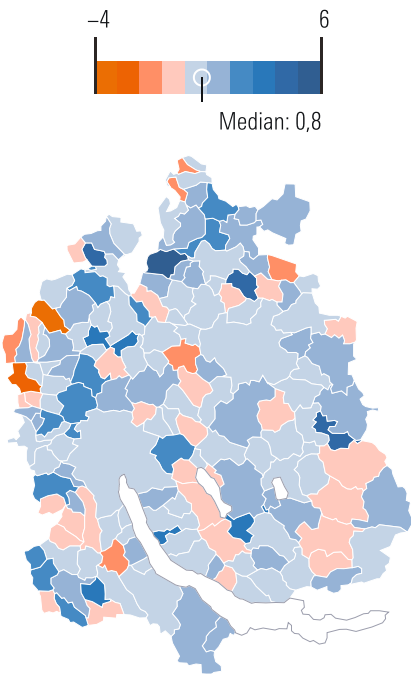
Es gehe der SVP darum, den Einbürgerungsprozess zu beleuchten, sagt Anita Borer, die den Vorstoss einreichen wird. Dies sei eine reine Transparenz-Massnahme. «Wenn überproportional viele Eingebürgerte kriminell sind, müssen wir beim Einbürgerungsprozess ansetzen.» Umgekehrt könne die Massnahme für Eingebürgerte auch positiv sein. Etwa wenn sich zeige, dass Eingebürgerte nicht übermässig kriminell seien.

Der dritte Vorstoss will erreichen, dass für die Sitzzuteilung im Kantonsrat nicht die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in den Wahlbezirken, sondern die Zahl der Stimmberechtigten entscheidend ist. Der SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann befürchtet, dass sonst Bezirke mit einem hohen Zuwachs der ausländischen Wohnbevölkerung künftig politisch profitieren würden.

Er sagt: «Wenn man derart stark wächst, muss man aufpassen, dass man die Gleichgewichtung der Wählerstimmen nicht gefährdet.» Ein solches Wachstum könne dazu führen, dass etwa immer mehr Stimmen aus der Stadt Zürich hinzukämen, wo besonders viele Ausländer lebten.

Die meisten Gemeinden sind 2025 gewachsen

Bevölkerungsentwicklung in den Zürcher Gemeinden zwischen 2024 und 2025, in Prozent



Daten und Methodik
Die Gruppen wurden manuell definiert.

QUELLEN: KANTON ZÜRICH, STATISTIK KT. ZÜRICH NZZ / jmr.